

„Schwarz-Rot stellt den Profit über Menschenrechte“

Interview Der gerade mit einem Preis geehrte Friedensaktivist Jürgen Grässlin gibt der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis.

Jürgen Grässlin ist einer der bekanntesten Rüstungskritiker der Bundesrepublik. Er prangert die deutschen Waffenexporte an. Die Politik der großen Koalition sei zum Teil absurd.

Herr Grässlin, Sigmar Gabriel hat weniger Rüstungsexporte genehmigt. Ein Fortschritt gegenüber der früheren Regierung?

Die realen Rüstungsexporte sind unter Gabriel massiv gestiegen, nur die Zahl der Ausfuhrgenehmigungen ist gesunken. Ich hege große Zweifel, dass der Regierungswechsel eine Kursänderung mit sich bringt. So will der Bundeswirtschaftsminister die Verträge der Vorgängerregierung erfüllen. Das heißt beispielsweise, dass die menschenrechtsverletzende Regierung von Algerien deutsche Kriegswaffen und Rüstungsgüter für zehn Milliarden Euro erhalten wird. Sigmar Gabriel hat sogar dem Bau einer Fabrik für Fuchs-Transportpanzer in dem Land zugestimmt.

Berlin muss doch Verträge respektieren.

Das stimmt nicht. In der Rüstungsindustrie werden gestaffelte Verträge abgeschlossen, die können zu jedem Zeitpunkt widerrufen werden. Allerdings – das sieht man im Falle Russland – muss die Bundesregierung dann Entschädigungszahlungen an den Hersteller leisten. So sollte ein militärisches Übungszentrum für mehr als 100 Millionen Euro nach Russland gehen. Diesen Transfer hat Berlin gestrichen. Sigmar

Gabriel hat vor der letzten Bundestagswahl versprochen, Waffenexporte in menschenrechtsverletzende Staaten zu stoppen.

Beobachten sie da weitere Sündenfälle?

Wenn die Staaten im Maghreb, im Nahen und im Mittleren Osten aufgrund ihres Rohstoffreichtums in der Lage sind, die Rechnungen zu begleichen, stellt die Bundesregierung Profit über Menschenrechte. An das wahhabitische Herrscherhaus in Riad zum Beispiel werden weiterhin Kriegswaffen und Rüstungsgüter geliefert, obwohl es in Saudi-Arabien zu schwersten Menschenrechtsverletzungen kommt.

Warum beklagen Sie mit Ihrer Kampagne „Stoppt den Waffenhandel!“, dass Berlin die Flüchtlingsströme so noch befördere?

Wenn man sich die Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte anschaut, waren das in der Vergangenheit beispielsweise Afghanistan, Iran, Somalia und Syrien. Gegenwärtig sind dies auch Ägypten, Irak, Libyen und die Türkei. Zurzeit fliehen die Menschen aus Syrien, Afghanistan, Somalia und dem Irak zu uns. Deutschland liefert also Kriegswaffen in Krisen- und Kriegsgebiete. Viele Menschen fliehen vor dem Einsatz deutscher Waffen. Mit anderen Worten: Wir produzieren Flüchtlinge.

Der IS ist offenbar auf dem Rückzug. War es richtig, die Peschmerga mit deutschen Waffen auszustatten?

Man sollte den IS ausbluten, indem man

Waffen- und Finanzströme an die Terroristen unterbindet. Die große Koalition hat mit den Waffenlieferungen an die Peschmerga das UN-Waffenembargo gegen den Irak gebrochen. Sie verletzt so das Völkerrecht und das Grundgesetz.

War der Schritt nicht nötig, um Gräueltaten etwa an Jesiden und Christen zu stoppen?

Wenn Menschen verfolgt werden, muss die Staatengemeinschaft eingreifen – allen voran durch Fluchthilfe für die Bedrohten. Mit der Lieferung von 16 000 Sturmgewehren von Heckler & Koch und sieben Millionen Schuss Munition besteht die Gefahr, dass der IS über Beutewaffen bald mit G3 und G36-Gewehren mordet. Man liefert Kriegswaffen mit der berechtigten Vorgabe, Christen vor Verfolgung schützen zu wollen. Auf der anderen Seite werden Christen-Verfolgerstaaten wie Saudi-Arabien, Katar, Ägypten, Algerien und die Türkei hochgerüstet. Das ist absurd.

Aber ist es nicht allgemein so: wenn Deutschland nicht liefert, springen andere ein.

Wenn die anderen nicht liefern, liefern wir. Ein Beispiel: das indonesische Militär wollte von der holländischen Regierung Kampfpanzer des Typs Leopard II. Das lehnte das holländische Parlament ab. Der Bundessicherheitsrat unter Führung von Frau Merkel stimmte aber der Lieferung durch die Bundeswehr zu.

Sie fordern mehr Transparenz für den Bundessicherheitsrat?

Ich fordere

dessen Abschaffung. Im Bereich des Waffenhandels haben wir keine Demokratie. Mehr als zwei Drittel der Deutschen sind sogar für einen völligen Stopp des Waffenhandels.

Sie kämpfen seit Langem gegen die Rüstung – ein Kampf gegen Windmühlen?

Im Gegenteil. Gerade macht die Meldung die Runde, dass der Kleinwaffenfabrikant Sig Sauer nur noch Sportwaffen herstellen will. Das geht zurück auf eine Strafanzeige, die wir im Sommer 2014 stellten, weil Pistolen von Sig Sauer trotz fehlender Genehmigung im Bürgerkriegsland Kolumbien auftauchten. Wenige Tage nach der Anzeige verfügten die Kontrollbehörden einen Exportstopp. Für mich heißt das: Das Bohren dicker Bretter führt zum Erfolg.

Das Gespräch führte Michael Trauthig.

GEEHRT FÜR SEINE COURAGE

Amos-Preis Jürgen Grässlin hat am Sonntag in Stuttgart den mit 5000 Euro dotierten

Amos-Preis für Zivilcourage verliehen bekommen. Die Offene Kirche würdigte Grässlins Kampf gegen die Rüstung. So habe der Pädagoge in seinem „Schwarzbuch Waffenhandel“ die Machenschaften der Rüstungsindustrie aufgedeckt. Sein Einsatz habe ihm Prozesse eingebracht, die er gewann. Der Freiberger nahm die Ehrung auch im Namen der von ihm mitinitiierten Kampagne „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“ an.
rau

